

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 65

Jahrgang 213

Bezugspreis: für diese und sonstige Bezüge monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zugunlich postal. Verbriefung.
Sonntag-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die gesetzl. 34 mm breite Mann-Preispiste 50 ct. Die gesetzl. 90 mm breite Mann-Preispiste 1,00 ct. Zahlung nach Zahl. Erklärungsart. Druck-Verfahren.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Kruppiger Straße 61/62, Fernruf Centralre 7801.
Sonntag, 8. Februar
Geschäftsstelle Berlin: Sanderberg Str. 30, Fernruf Am. Kurpark Nr. 6290.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags- und Druck von Otto Gbelle Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- * Schiern mittags gegen 1 Uhr fuhr bei Gefeburg eine Lokomotive in einen Personenzug. Zwei Eisenbahner wurden schwer verletzt.
- * Das ostpreussische Abstimmungsgebiet ist am 6. Februar vollständig geräumt worden.
- * Die Ueberreichung der offiziellen Auslieferungsliste in Berlin hat noch nicht stattgefunden.
- * Die russische Räteregierung teilte der estnischen Regierung durch Bismarck mit, daß der Friedensvertrag am 4. Februar von ihr ratifiziert worden sei.
- * Nach einer Kavaz-Beldung aus Konstantinopel wurde Hilmel Bey zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Ein Demokratieführer für den Staatsbankrott

Die Demokratiefresse, an ihrer Spitze die parteiunabhängige Demokratische Partei-Korrespondenz, haben in letzter Zeit eine verlegene Hege gegen die Deutschnationalen in Ansehung, indem sie unter geistlicher Bedienung der Latzinger behauptete, die Deutschnationalen wollten den Staatsbankrott. Diese wahrheitswidrige Unterstellung in demokratrischen Kreisen wurde sogar noch fortgesetzt, nachdem in der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ (Nr. 23 vom 28. Januar) festgestellt worden war, daß die Verteilung der Deutschnationalen Volkspartei in dem Reich zum Staatsbankrott eine Katastrophopolitik sei, die sie aufgeben verweigert, und daß die Anknüpfung der Besorgnisse der Partei, Abgeordneter Berg, in den Kommissionsverhandlungen der Preussischen Landesversammlung wiederholt und entschieden zum Ausdruck gebracht hat. Wie bekanntlich unendlich viele Hege der Demokratiefresse ist, ergeht sich aus einer Tatsache, die doch den leitenden Kreisen der Demokratie nicht unbekannt sein kann. Der Tatsache nämlich, daß ein bekannter Demokratieführer in aller Öffentlichkeit „das sofortige glatte Einverständnis des Staatsbankrotts“ als einziges Rettungsmittel für Deutschland mit größtem Nachdruck fordert.

Du der in Neustrelitz erscheinenden „Landeszeitung für diese Provinz“ veröffentlicht am 29. Januar (Nr. 24) Herr Gustav Wolf Melchers einen Artikel „Zu spät“, der um so größeres Aufsehen erregte, als dieser Herr eine in Mecklenburg sehr bekannte Persönlichkeit ist. Er tritt in Mecklenburg eine große Rolle im demokratischen Wahlverein, in dem er Vorstandsmitglied ist, und unterhält besonders freundschaftliche Beziehungen zum demokratischen Minister Sauerwein, nachdem er, Herr Melchers, selbst beiseitebenenweise als ihr angebotene Ministerporziele abgelehnt hat. Es erscheint ihm offenbar angelegener, der Zeitlicher Regierung der Sozialdemokraten von Weibitz und Bartsch als Finanzminister zu sein und ihre Organisationsprojekte gutachten zu unterstützen. Er arbeitet ganz Hand in Hand mit den Sozialdemokraten und unterhält somit die wertvollen Verbindungen zwischen ihnen und der Demokratie und gilt dabei als das finanzielle Genie des Landes. Und dieser Herr tritt nun also öffentlich mit aller Entschiedenheit für die schamlose Erklärung des Staatsbankrotts ein.

Da er selbst sagt, daß sein Artikel für seine Demokratrische Partei ein fahrender Schlag ins Antor ist, so leitet Herr Melchers seine Ausführungen mit folgenden Worten ein:

„Man sage nicht, daß Krollster Besimismus den folgenden Artikel differt habe oder Miemacherei — nein, der Artikel ist angeblich auf gesunder Geschäftslogik und soll ohne Schminke unsere jetzigen und die uns wahrscheinlich bevorstehenden Zustände schildern.“ Er wirft zunächst den Leitern der Republik, also den Parteigenossen und Kollegen einer sozialdemokratischen Freunde und „Herrn Erzberger an der Spitze“ vor, daß sie „dem Volke etwas vorkaufeln“. „Man fürchtet den Staatsbankrott als sozialistische Propaganda“ (den wir nicht haben), man glaubt sich vor dem ernstlichen Folgen und — — — drückt immer neue Banknoten, vermehrt die vielen Milliarden Noten um neue Milliarden. Und die Ausgabe immer neuer Banknoten bedeutet — diese sind gegenwärtig nicht anders als eine Geldfälschung bei nur 1—1/2 Prozent Deckung in Gold — ein Verrat an der Bevölkerung. — Der unendliche Kreislauf virtuös bei uns heißt: Leuerung, Streik, neue Banknoten, Entwertung der Mark, Leuerung, Streik, neue Banknoten, Entwertung der Mark und so fort.“ Folgt dann dieser Artikel nun nicht anderen, denn schließlich, daß das Kamuffieren ein Stück, wenn die Mark auf dem Nullpunkt liegt

Wertes angeht ist. Von diesem Punkte find wir nicht mehr weit entfernt und alle die Gewinner der permierenen Statistropen-Gaule an der Börse, alle die Kriegsgewinnler und Banknoten-Gewinnler, die ihr Geld nicht beizugehen ins Ausland gebracht haben, und ihr Vermögen in Land und Werk anlegten, sehen sich Bergen von Papiergeld gegenüber, die gänzlich wertlos sein werden.“ Sodann beschließt sich Herr Melchers eingehend mit Erzberger, von dem er sagt: „Herr Erzberger ist ein glänzender Redner und nicht an Geschlitzigkeit keinesgleichen, aber er ist ein Finanz-Dilettant der par excellente. Selbstständig kann er Grözte nicht jedes Gebiet beherrschen. Herr Erzberger preit die unmöglichen Steuern aus seinem erproblichen Hirn heraus, aber er läßt mit der größten Seltenheit die Banknotenpresse Tag und Nacht hierher weiterleben. Das ist der Finanzdilettantismus eines Dilettanten. Alle die neuen Steuern des Herrn E. sind Palliativmitteln, die der Staat nicht entfernt die Summen einbringen werden, die der Finanzminister sich herausgedreht hat, und er wird kein blaues Wunder erleben, wenn er sich das Resultat seines Reichstropens ansehen wird. Eine Steuerreform gibt es heute in Deutschland nicht mehr und jeder einzelne — sei sei, wer es sei und so sei, mo es sei — wird versuchen, einen Teil seines Geldes vor dem Steuerfiskus zu verhehlen. Und nach Herr E. das ganze Land mit Finanzämtern und Beamten überflutet, wie er es vorhat, so daß schließlich auf je 1000 Einwohner — Mann, Weib und Kind — ein Finanzbeamter kommt, so wird Herr E. doch nur ein Mühsel anstatt des goldenen Kalbes gebären, denn Druck erzeugt Gegendruck.“

Es wird dann weiter ausgeführt, daß Erzbergers Finanzpläne alle zu spät kämen und daß die Entente uns in unserer Not nicht helfen wird, denn sie will uns erst völlig heruntergewirtschaftet haben. Dann erörtert die Entente auf dem Plan, um die im Versailles Friedensvertrag noch nicht festgelegte Entschädigungssumme einzufordern, eine Entschädigungssumme, deren Höhe selbst den Stärksten unklar ist. Und da die Entente durch Herrn Erzbergers Vermittlung schwerlich zu ihrem Gelde kommen dürfte, so wird sie in persona des Amt des Gerichtsvollziehers übernehmen. Berlin, Hamburg, Bremen und alle bedeutenden Industriezentrale werden vom Feinde besetzt werden, alle größeren und wichtigeren Werke erhalten eine Kommission von Ausschüssen — — — mit anderen Worten, wir werden die Steuern der Steuern und schließlich werden wir die Steuererhebung mit drakonischen Strafen selbst betreiben. Niemand fällt ihr dann das ganze früher so reiche Deutschland mit seinen tausenden von Fabrikschloten, den Eisenbahnen und Sandsteinhöfen zur eigenen Verwaltung in den Schoß. — Es gibt nur ein Mittel, um die Leichtigkeit trüben Ausblick zu bannen und Deutschland langsam wieder gesund zu lassen — ein furchtbares Mittel — und das ist das sofortige Eingeständnis des Staatsbankrotts und die Zertrümmerung der Notenpresse. Nur auf diese Weise kann Deutschland wieder glücklich werden, aber die unmittelbare Folge dieser Maßnahme wäre ein ansehnliches Elend, besonders in den großen Städten. Um zur Gesundung zu gelangen, muß Deutschland durch dieses Grauen hindurch, denn besser ein kleinerer Prozentsatz der Bevölkerung verelendet und verhungert, als ein großer Teil des deutschen Volkes.“

Das also ist die Ansicht eines Demokratenführers, der bei seinen politischen Freunden als ein besonderes Genie auf dem einschlägigen Gebiete gilt. Es ist gut, wenn das in recht weiten Kreisen des deutschen Volkes bekannt wird.

Der Vortrag kurze findet heute 11 1/2 Uhr im „Wohlfahrt-Theater“ statt.

Eine englische Note?

Paris, 7. Februar.
„Evening Standard“ verbreitet eine Nachricht seines diplomatischen Berichterstatters, die englische Regierung habe ihren Berliner Geschäftsträger eine Note übermittleit, die er dem Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten Müller überreichen solle, und die dem Reichsministerium seinen Entschluß erleichtern könnte. Das Blatt fügt hinzu, man dürfte nicht erkennen sein, wenn einige Wünsche an dem Abfertigungsverhandlungen angenommen würden. Die Mitarbeiter seien nicht vollständig einig über den einschlägigen Weg. Der amerikanische und der japanische Delegierte, ebenso Lord George und Lord Curzon hätten sich vollkommen überzogen von den Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung erfährt, aber Frankreich ist vollkommen anderer Meinung, während Italien sich zwischen den beiden entgegengesetzten Standpunkten halte. Die Nachricht verbreitet der Londoner Berichterstatter des „Zeit Journal“.

Ein weiteres Telegramm aus Paris besagt, daß die deutsche Regierung die Auslieferung nicht raubweg verweigern wird, sondern, daß sie Verhandlungen mit den Alliierten verlangen wird. Man hofft so, gegen Deutschland nicht mit Strafmaßnahmen vorgehen zu brauchen.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft

Nach einer Meldung der „Wirtschaftlichen Zeitung“ beschäftigt die Regierung, zum Zwecke der Sicherstellung der Ernährung an die Stelle der gegenwärtigen Zwangswirtschaft, andere Formen treten zu lassen. Für welche „anderen Formen“ sich die Regierung entschlossen hat, steht noch nicht fest, doch scheint sie sich für Erzeuger-Genossenschaften entschieden zu wollen, die durch die Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Erzeuger zu selbstverwaltenden Körperlichkeiten zu bilden wären, deren Mitglieder selbst für die aufzubringenden Vorratungen an Nahrungsmitteln zu haften haben. Die Regierung nennt das einen „organischen Aufbau der Lebensmittelversorgung“ und glaubt denselben den Landwirten dadurch als erwerbbringend bezeichnen zu können, daß sie die in Aussicht genommene Preise nur für die aufzubringenden Vorratungen festsetzen will, während über diese Mengen hinaus dem Landwirt für seine Erzeugnisse das Recht der freien Verfügung eingeräumt werden soll. Der Weg, den die demokratisch-sozialistische Regierung hier einschlagen zu wollen scheint, ist ebenso wenig neu, wie er von den gegenwärtigen Regierungskreisen erlassen ist. Er wurde vom Kriegsausschuß der deutschen Reichsregierung bereits im Jahre 1916 vorgeschlagen. Damals wurde er aber verworfen, weil das Kriegsernährungsamt aus Furcht vor der Sozialdemokratie, Zentrum und Freiwirt bestehenden Reichstagsmehrheit sich nicht getraute, ihn zu betreten. Die Vorkonsumtionspolitik dieser Mehrheit forderte nicht nur die Beibehaltung, sondern vielmehr noch eine Steigerung der Zwangswirtschaft, um alle Nahrungsmittel beim Erzeuger „efflos erlassen“ zu können. Durch diese Zwangswirtschaft ist nun im Laufe der Jahre die Erzeugung der Nahrungsmittel aber so stark zurückgegangen, daß selbst diese Regierung zu erkennen beginnt, daß auf die bisherigen Preise eine aus nur einermachen notwendige Ernährung der Städte ausgeschlossen ist. Nachdem die auf sozialistischen Grunden errichtete staatliche Verwaltung der Lebensmittel ein so offenkundiges schändliches Mißgeschick gemacht hat, wird nun auf den alten Plan des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft zurückgegriffen. Im Jahre 1916 und vielleicht auch noch zu Beginn der beiden folgenden Jahre würde die Verwirklichung dieses Planes eine wertvolle Wiltierung des staatlichen Zwangswirtschafts bedeuten und ermöglicht haben, die Zwangswirtschaft allmählich und gefahrlos in die freie Wirtschaft zurückzuführen. Denn 1916 waren der Wirtschaft noch nicht so vernichtet, die Widen noch nicht so entleert, die Ernten noch nicht so schlecht wie im vergangenen und erst recht in diesem Jahre. Wenn damals den Landwirten nur die Lieferung einer bestimmten Vorratmenge zu festen Preisen auferlegt worden wäre, dann hätten sie darüber hinaus noch genügend verkauft oder in eigener Wirtschaft verbrauchen können, um durch die Erzielung höherer Preise die Selbstkosten zu decken und Neuanschaffungen zur Steigerung der Produktion vorzunehmen. Dadurch langsam überwinden worden sein, und die Ernährung der Bevölkerung hätte sich, von Jahr zu Jahr reichlicher gestalten können. Wenn dagegen bei der kommenden neuen Ernte den Landwirten auch nur eine so geringe Vorratmenge auferlegt werden sollte, um nur den dringlichsten Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerung (Mittelstand, Beamtentum usw.) zu genügen, dann müßte schon die gesamte Produktion des Landwirts erfasst werden, und es würde diesem nichts übrig bleiben, mit dem er die Fesseln der Zwangswirtschaft lindern könnte. Der Plan der Erzeugergenossenschaften, der 1916 von großem Erfolge gewesen wäre, würde heute praktisch wirkungslos bleiben. Wenn die Regierung ihn trotzdem zu verwirklichen beabsichtigen sollte, so würde sie sich damit nur der eigenen Verantwortung zu entziehen trachten. Sie hat eingesehen, daß sie selbst für die Ernährung der Städte nicht mehr sorgen kann, weil das sozialistische Zwangswirtschaft die Landwirtschaft ruinieren, und die Finanzlage des Reiches eine nennenswerte Einfuhr aus dem Ausland nicht gestattet. Nun möchte sie die Verantwortung für die Ernährung des Volkes der Landwirtschaft aufhalsen, die 1916 durch ihre besonnenen Vertreter verurteilt, daß sie bei sofortiger Ausführung des von ihr empfohlenen Planes für eine ausreichende Ernährung garantieren könnte. Was aber damals möglich war, ist heute ausgeschlossen. Heute würde die Verwirklichung dieses Planes nichts anderes sein als Zwangswirtschaft in anderer Form, und wenn dann die Versorgung der Städte ebenso schlecht bliebe wie gegenwärtig, was zu erwarten ist, dann könnten die Regierung und die Regierungsparteien dafür die Landwirtschaft und die nationalen Parteien verantwortlich machen. Mit der Bildung von Erzeugergenossenschaften würden sich die Landwirte selber fesseln anlegen, durch welche sie das leisten sollen, was die Regierung mit der gegenwärtigen Form der Zwangswirtschaft nicht zu leisten vermochte. Im jetzigen Stadium kann die Zwangswirtschaft durch Erzeugergenossenschaften nicht mehr gelindert und zu

die freie Wirtschaft übergeben, sondern nur noch be-
einigt werden. Mit der Ausführung des Planes von 1916
würde die Regierung gleich wohl Ziegen mit einer Klappe
schlagen; sie könnte sich ihrer eigenen Verantwortung für
die Ernährung der Bevölkerung und die weitere Finanzierung
der Landwirtschaft entschlüsseln und hätte gleichzeitig die Land-
wirtschaft auf das Gleis der Sozialisierung gegeben. Denn
nichts anderes als verfallene Sozialisierung der
Landwirtschaft kann heute der „organische Aufbau der
Lebensmittelversorgung“ durch Zwangssozialisation der
Erzeuger bedeuten. Die Regierung hat ihre Pflicht ganz
fortschreitend, wenn sie sagt, daß sie an die Stelle der
gegenwärtigen Zwangssozialisation „andere Formen“ treten
lassen will. Die Landwirtschaft aber, glauben wir, werden es
ablehnen, sich zum Einband und Briggeln einer Regie-
rung machen zu lassen, welche für die Begründung und
Verwirklichung des Wirtschaftswirtschafts verantwortlich ist. Sollen
wir jetzt nur noch die freie Wirtschaft, und allein diese
sollte, nicht nur von der Landwirtschaft, sondern erst recht
von der städtischen Bevölkerung, gefordert werden. Er-
zeugergemeinschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt würden,
und abgesehen von den Kriegsgesellschaften, zu einem
neuen Grad der Korruption und zu einer neuen
Quelle der Verwahrlosung führen und Land werden.
Denn die Städte würden, gleich nicht ohne Zutun der Regie-
rung, die Schuld an der schlechten Ernährung der Land-
wirtschaft aufsuchen, da diese jetzt doch den Plan verwirk-
licht sehe, den sie selbst schon 1916 empfohlen habe. Um
dieser neuen Verleumdung und Entfremdung von Stadt und
Land vorzubeugen, und aus rein sachlich wirtschaftlichen Grün-
dungen muß daher die von der Regierung geplante Er-
richtung von Zwangssozialisation der Erzeuger abge-
lehnt und die freie Wirtschaft gefordert werden. h. h.

An die deutsche Beamtenschaft

Der Deutsche Beamtenschaftsverband erklärt folgenden Aufruf an die
deutsche Beamtenschaft:
Das deutsche Wirtschaftsleben ist durch den bevor-
stehenden Krieg mit seinen unvorstellbaren Folgen aus dem gewohnten
Rahmen der Wirtschaftlichkeit und aus einer neuen
Quelle der Verwahrlosung führen und Land werden.
Denn die Städte würden, gleich nicht ohne Zutun der Regie-
rung, die Schuld an der schlechten Ernährung der Land-
wirtschaft aufsuchen, da diese jetzt doch den Plan verwirk-
licht sehe, den sie selbst schon 1916 empfohlen habe. Um
dieser neuen Verleumdung und Entfremdung von Stadt und
Land vorzubeugen, und aus rein sachlich wirtschaftlichen Grün-
dungen muß daher die von der Regierung geplante Er-
richtung von Zwangssozialisation der Erzeuger abge-
lehnt und die freie Wirtschaft gefordert werden. h. h.

Die nationalerter Beamtenschaft können eine entscheidende Er-
nennung um so weniger gewährleisten, als ein erheblicher Teil
von Notwendigkeitsarbeiten auf dem Wege des öffentlichen
Handels und Wucherpreisen an den Mann gebracht wird.
Die meisten zum Leben unentbehrlichen Bedarfsgegenstände
haben infolge Monopolisierung und unzulänglicher Überzeu-
gung einen so hohen Preisstand erreicht, daß sie für die
Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, zu denen die Be-
amtenschaft gehört, unerschwinglich geworden sind.

Unausgeglichenen Gehalts- und Lohnforderungen
aufzulegen, die allein auf den Extrakt ihrer Arbeits-
kraft angewiesen sind, sind die unumkehrlichen Folgen, wo-
durch aber das Leben nicht befristet, sondern es letzten Endes
immer mehr verfristet wird.

Nur eine Vermehrung der Mitarbeiterzahl in
Verbindung mit einer entsprechenden Verteilung der vorhandenen
Notwendigkeitsarbeiten vermag der fortschreitenden
Aufblähung und Verwahrlosung unserer Wirt-
schaftlichen Existenz zu tun. Es gibt nur ein Mit-
tel, das heißt:

vermehrte Produktion durch erhöhte Arbeitsleistung.
Das ist auch die Seele der deutschen Beamtenschaft. Sie
hat unerschütterlich gelitten während der Kriegsjahre. Unter den denk-
bar schwierigsten Umständen, bei mangelhafter Ausstattung
und daraus sich ergebender unzulänglicher Ernährung mußte sie ihre
Pflichten bei größter erhöhter Anspannung ihrer Arbeits-
kraft erfüllen. Sie hat sich dabei ausgezeichnet. Bis zum letzten
Ende, um die Zukunft des Vaterlandes zu sichern,
Wohl in der höchsten Not wirtschaftlicher Maßnahmen, unmitteibar
vor dem drohenden Zusammenbruch, hat die Beamtenschaft die
Forderung angemessener Erhöhung ihrer Be-
züge nachdrücklich erhoben, um der Selbsthaltung
zu dienen. Trotzdem aber hält sie fest bei dem Ziel ohne Grenze
qualität. Auch sie weiß, daß von dem höchsten Wiederaufbau einer
geordneten Wirtschaft alles für unser Volk und damit für sie
selbst abhängen wird.

Das Spiel mit dem Tode

37) Roman von Lola Stein.
„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Dancker, Berlin.“
„Nun verleihe ich alles, - Armes Kind, kleine Maja,
wähle das Schicksal dich entzweiigen für alles, was du zu
jung schon erlitten, müdest du glücklich werden.“
„Sie liebte ihn ihre Eltern.“ Sie hatte niemand. „Es
geht mir schlimm mit dir, Maja, anders als mit allen Wen-
schen, die ich sonst kenne. Ich habe so unbeschreibliches Ver-
trauen zu dir, ich fühle, ich darf es haben. Dir kann ich
alles sagen, darum habe ich auch zu dir gesprochen von dem,
was in meinem Leben an Traurigen bisher war.“
„So ist es mir damals mit dir ergangen. Gleich als ich
dich sah, sagte ich Vertrauen zu dir.“
„Du weißt nicht, wie ich sonst bin, du kennst mich anders
als andere Menschen, die mich sehen und lächeln und ver-
schließen finden. Du warst mir gleich wie ein Bruder, wie
ein vertrauter Freund.“
„Und wenn ich auch in den Tagen letzte Jahren niemals
durst etwas von dir höre, so war mir vorgetrieben, als ich
dich wiederholte, doch so, als hätten wir uns in all den ver-
gangenen Jahren nahe gefanden und gut gekannt.“
„Nicht das nicht, Maja?“
„Es ist bezeichnend für mich, bezeichnender als ich dir
sagen kann. Du sollst immer wissen und fühlen, Maja, doch
zu feinen treueren und besseren Freund hast auf der Welt
als mich.“
„Warum aber schloßest du dich nicht an meine Mutter
an, Maja, wenn du so einmütig warst und so ledest? Wie
ganz dich doch von derselben Art. Du bist mich jedes
Wortes Vertrauen haben und Zuneigung.“
„Du habst dich auch, Maja. Aber Hermann fand immer
trennend zwischen uns beiden. Und einen Verleihe ohne
ihn erlaubte er mir nicht.“

Darum ist sie bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen und
vor dem ganzen deutschen Volke ein
einmütiges Bekenntnis zum Selbstleben
abzugeben. Die Gesamtheit der Beamten hat erforderliche Arbeit
sich bereitwillig übernommen und für die Wirtschaft der
Beamten bedeutet der Selbstleben kein besonderes Opfer, da
ihre Arbeit weit darüber hinaus in Anspruch genommen ist.
Was es aber namentlich ist, die Selbstliebe entsprechend zu er-
weitern, soll es gesehen. Wenn das Vaterland ruft und die
Wirtschaft des deutschen Volkes von jedem einzelnen die
Siegabgabe seiner letzten Kraft fordert, wollen auch wir nicht
zurückbleiben. Wohin denn: Wie sind zu rettenden Zeit
bereit!

Bei den bayerischen Landesbankbeamten,
Beamten der Zollverwaltung und im im Falle des hie-
herigen längeren Dienstverhältnisses achtstündige Ar-
beitszeit wieder eingeführt worden.

Das Seilchen beginnt

Die deutsche Regierung zu „Bundgenossen“ nicht
abzulehnen. - Vorläufig der Fraktionen.
(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)

Heute fanden zwischen der Reichsregierung und den
Führern der Fraktionen der Nationalversammlung
Verhandlungen statt, in denen die Fraktionsführer sich
ebenfalls auf den Regierungsvorstand einließen, daß eine Aus-
lieferung Deutscher an die Entente nicht in Betracht
käme.

Gegegen liegt ein Vorschlag der Regierung vor, der
Entente das Anerkennen zu machen, jene Kriegsschuldigen,
die sich nach Kriegsende gemindert haben, künftig ge-
macht haben, vor das Reichsgericht zu stellen und die
Entente als Beschädigten zuzugewinnen, um ihr die gleiche Ge-
legenheit zu bieten, auf den Prozeß, den ihr nach dem Ge-
richt zuzulehnen Einfluß auszuüben. Ob die Regierung diesen
Vorschlag aufgreifen wird, läßt sich nicht sagen, ab-
wohl mit ihm auch die Entente einverstanden sein wird,
dauf der Auslieferungsvorgang stehen. Die Regierung stellt, solange
die Entente nicht zu einem Entgegenkommen bereit ist, auf dem
Standpunkt der ausgesprochenen Ablehnung. Da die
Rote und die Sozialistische Fraktion noch im mer
nicht übereinstimmen, wird über den Vorschlag ein
Entscheid der Nationalversammlung sein Bestehen
gesehen werden.

„Nicht hat die Schicksalsstunde des deutschen Volkes ge-
klingelt“, hat Freiherr v. Helldorf nach seiner Wiederkehr aus
Paris den Deutschen sagen lassen. Und wirklich: Das Reichs-
brennstein schien in diesen Tagen wieder aufzuflammen, denn
„Regierung“ und Volk waren sich einig darüber, daß der letzte
Rest deutscher Ehre sich nicht ergeben, wenn auch nur eine
deutsche Hand sich übergeben würde, die die Entente leisten würde.
Und immer wieder wurde von den „Anwesenden“ gefordert,
nicht, daß eine Auslieferung nicht in Frage käme. Wie er-
innern und der Junge, in denen die gleichen Leute doch und
heißt schändlich, diesen Vertrag nicht zu unterzeichnen.
Wohin sich für das deutsche Volk wiederholte? Wie ein Gift
dringt sich in den deutschen Geist, wie ein Gift, die das
Reichsgericht zur Entscheidung des Streitfalls vorschlägt. In
welchen Reihen diese Stimme zu finden ist, dürfte nicht schwer zu
erraten sein. Jedenfalls scheint sich der Umschwung vorzubereiten,
der, nach einem Tapan der Welt, schließlich doch dem Reich
und dem Samen nachschick. Was die deutsche Volk seine Schick-
salsstunde nicht erkennen?

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Deut-
schen Nationalversammlung der Nationalversammlung
beschließen einstimmig, auf Antrag der Sozialistischen Fraktion
die Einberufung der Nationalversammlung zu fordern.

Die das Eidbeistehende Österreichs übernehme, will der
frühere Minister des Innern von den übrigen Ministeren
und Frankreich ziehen und sich dem dortigen Reichsgericht
stellen.

Wir hoffen, daß Minister Auer sich noch vor der Woche
entsetzen lassen und den Nationalrat des Deutschen, der er ja
immerhin ist, nicht verlegen wird.

Das Landessteuergesetz

Im Steuerausfluß der Nationalversammlung wurde die
erste Lesung des Landessteuergesetzes beendet. § 37,
der qualifizierte Bestimmungen über die Anhebung der
Vordrücken betrifft der Beteiligung der Ränder und Gemeinden

Die französische Daumenschraube

In seiner Kamerader sagte Ministerpräsident Poincaré
Deutschland müßte 27 Millionen Tonnen an Getreide
liefern. Die Deutschen verweigern nach Ablehnung
Franzosen. Das ist eine Frage, die es nicht annehmen kann.
Der Ministerpräsident behauptet, daß die Mittel, über die
man verfügt, und die im Friedensvertrag vorgesehene
von Deutschland die Ausführung der Friedens-
vertragsklausel zu erlangen. Er verließ den Saal
429 und sagte: Ich habe alle die Mittel, Deutschland zu be-
rathigen, daß im Friedensvertrag vorgesehene Mittel für seine
Verpflichtungen im Artikel 429 vorgesehene Mittel für seine
Verpflichtungen werden würden und nicht mehr Mittel. Der
Ministerpräsident verließ auch das Parlament mit dem
sagte, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen
werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen
Maßnahmen greifen, ohne daß Deutschland das Recht habe,
seinen teilschuldigen Akt zu betrachten. Während sich
für: Ich beabsichtige alle, wenn der Augenblick gekommen ist,
mit aller Maßnahme zu verfahren, die der Vertrag mir an die
Hand gibt. Ich erkläre von der Tribüne her, aber drinnen
zu sein, und nur deshalb, damit die Frage klar und unklar
stehen wird, daß die Verantwortlichen, von Deutschland nicht zu
verlangen, was es und nicht auf Grund der Vertragsklausel
ist, daß aber alle die Mittel zu erlangen zu werden, was man
sagt. Um dies zu erklären, werden wir die Maßnahme
treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt.

Deutsche keine Polen

In Paris traf am Donnerstag Abend aus 1000
Personen bestehende französische Delegation die Kriegs-
gefangenen aus Frankreich ein, der den schwedischen
Hörben als Transport polnischer Arbeiter übergeben
und als solche von der Schweiz zur Weiterführung nach
Belgien über Österreich übernommen werden. Die bel-
gischen Behörden sind im Falle der Weiterführung, die bel-
gische Kriegsgefangenen, die sich teilweise den französischen
Behörden als Polen bezeichnen hatten, vernünftig, um
durch eine Vorzugsbehandlung zu erlangen. Bei ihrer Ankunft
in Belgien verweigerten diese Leute die Weiterfahrt, bezeichnen
sich als Deutsche und verlangen nach Deutschland.
In der ersten Reihe zu werden. Die belgischen Behörden
sicherlich die Grenze zwischen rund 60 von ihnen den Zug
Teil wieder zurückgebracht, während der andere entlassene
Vorwärtsführend werden die entlassenen Personen von der
Schweiz den deutschen Behörden in Romberg übergeben werden.
Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, die belgischen Ge-
setze in der Einwirkung mit der Schweizer Regierung
festzulegen.

Ausnahmezustand auf Sachsen

Die am 13. Januar für das Reich und die Provinzen
Sachsen, Thüringen und Baden erlassene Verordnung
über den Ausnahmezustand ist inzwischen im Einverständnis mit
der sächsischen Regierung auch auf das Gebiet des Freistaats
Sachsen ausgedehnt worden.

Ein Charakter

In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir:
Der „Vorwärts“ hatte die Tage in einem Zeitraite
behaupet, daß eine Berliner Mittagszeitung von einem
Witzgigler einer französischen Millionärs-
ausgegeben sei. Wie wir heute antwort erfahren, handelt es
sich um die „Neue Berliner Zeitung“. Der in Frage
kommende Journalist ist ein Dr. Friedberg, der schon längst
in der Wandlungen der Nationalversammlung in
Weimar mehrfach unliebsames Aufsehen erregte. Dieser
nehme Charakter, ein geborener Tischeffekt, hat jetzt der
Freiwilligkeit der Reichsregierung zugegeben, daß er im
Dienste der „Commission Economique Francaise“ stehe
und „dass er dort nichts anderes tue, als die Herren, mit
denen er befreundet sei und deren anfängliche Meinung er
nie ähnlote Politiker erprobt hätten, in Dresseung
ausgegeben sei. Witzig habe sich in dieser Kommunikation
nicht betätigt. Herr Dr. Friedberg scheint nicht zu wissen,
was eine Beratung in Preisbefreiung einer politischen Be-
ratung verteuert ähnlich sieht, und scheint auch nicht zu
verstehen, daß er sich als Ausländer in Deutschland zu
finden und sich durch seine „beraternde“ Tätigkeit schon bei
langem hätte mühen. Früher würden lästige Ausländer an-
gewiesen, heute treten sie in eine der zahlreichen fremden
Kommissionen ein und können dann machen, was sie wollen.
„Vorwärts“, Herr Dr. Friedberg ist, wie man so sagt, ein
„Charakter“.

seiner Gesellschaft gemacht und man hatte ihm glänzende
Zukunftsaussichten eröffnet. Aber er wollte sich alles in Ruhe
überlegen, ehe er sich auf neue für Jahre band.
Er erzählte ihr nun ein wenig von seiner bisherigen
Tätigkeit, von seinen Erlebnissen. Er wurde warm und
lebhaft und wie Maja ihm vorher ihr Herz erschlossen und
ihre Vertrauen gegeben, so sprach er ihr nun von allem, was
ihn bewegte. Von allem - nur nicht von dem Größten,
das in ihm war, von seiner Liebe zu ihr.
Dann davon durfte er ihr, der Braut seines Freundes,
nicht sprechen.
Sie kamen sich unendlich nahe, die beiden Menschen, in
diesem Morgenstunden. Sie schienen sich in ihrem Wechselt-
reden völlig vertraut zu sein. Sie wunderte sich kaum, daß
sie immer wieder auf Übereinstimmung in ihrem Willen
und Denken, in ihrer Beurteilung von Welt und Menschen
stießen, daß sie über die höchsten und tiefsten Dinge ähnliche
Ansichten hatten, doch auch ihr Gleichmut auf dem Gebiete
der Kunst und Musik sich begegnete. Sie empfanden das
Gleichklang ihrer Seelen, die Harmonie in ihrem Willen
wie ein großes und köstliches Glück.
Und als Maja sich lächelnd erhob, um zu gehen, da sah
er die Schatten, daß er zwei volle Stunden mit Maja ver-
blühter. Und erwiderte in diesem Augenblick, daß sie
von dem roten Mann gesprochen, nur von sich selbst.
Als er noch Sand in den Sand mit ihr stand und sich nicht
lösen konnte von ihrem Blick, meldete sich der Wächter
Dr. Vronart.
Er kam direkt hinter dem Mädchen ins Zimmer und
schien überaus und wenig erfreut, den Freund hier zu sehen.
Er begrüßte ihn kühl und fremd, küßte seiner Braut die
Hand und fragte:
„Sagst du unsere Verhandlung ganz vergessen. Müde
ich wollte dich um drei zum Reiten abholen, aber ich habe
dich nicht darauf gebracht.“ Und er umschloß ihre Gestalt in
dem letzten, seinen Gesandten mit einem langen Blick
(Fortsetzung folgt.)

